



STELLUNGNAHME zum Ergänzungsantrag		Vorlage Nr.:	2018/0222	
KULT-Gemeinderatsfraktion		Verantwortlich:	Dez. 3	
Ergänzungs-Antrag zu GRÜNEN-Antrag „Stufenplan für gebührenfreie Kitas in Karlsruhe“: Gebührenfreiheit für das 1. Kindergartenjahr prüfen				
Gremium	Termin	TOP	ö	nö
Gemeinderat	15.05.2018	22.1	x	
Hauptausschuss	03.07.2018	13.1		x
Gemeinderat	17.07.2018	29.1	x	

Kurzfassung

Die Verwaltung empfiehlt, die Entscheidung über eine weitere Gebührenreduzierung in den Kitas im Rahmen der Haushaltsberatungen 2019/20 zu treffen.

Die Verwaltung steht angesichts der in den nächsten Jahren anstehenden steigenden qualitativen und quantitativen Anforderungen in diesem und anderen Bereichen und auch den grundsätzlichen Zuständigkeiten weiterer Gebührenreduzierungen sehr skeptisch gegenüber.

Die Verwaltung empfiehlt die Beauftragung eines externen Beratungsunternehmens mit der Erstellung eines Konzepts für die Umsetzung einer Gebührenfreiheit für das 1. Kindergartenjahr und die Ermittlung der notwendigen finanziellen Mittel.

Finanzielle Auswirkungen des Antrages (bitte ankreuzen)		<input type="checkbox"/>	nein	<input checked="" type="checkbox"/>	X	ja
Gesamtkosten der Maßnahme	Einzahlungen/Erträge (Zuschüsse u. Ä.)	Finanzierung durch städtischen Haushalt		Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgeerträge und Folgeinsparungen)		
noch nicht bezifferbar		noch nicht bezifferbar		noch nicht bezifferbar		
Haushaltsmittel stehen nicht zur Verfügung. Für den Doppelhaushalt 2019/2020 sind die finanziellen Auswirkungen im Rahmen der Aufstellung des Verwaltungsentwurfes zu berücksichtigen.						
Kontierungsobjekt:		PSP-Element:		Kontenart:		
Ergänzende Erläuterungen:						
ISEK-Karlsruhe-2020-relevant	<input type="checkbox"/>	nein	<input checked="" type="checkbox"/>	ja	Handlungsfeld: Sozialer Zusammenhalt und Bildung	
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	<input checked="" type="checkbox"/>	nein	<input type="checkbox"/>	ja	durchgeführt am	
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	<input checked="" type="checkbox"/>	nein	<input type="checkbox"/>	ja	abgestimmt mit	

Ergänzungs-Antrag zu GRÜNEN-Antrag „Stufenplan für gebührenfreie Kitas in Karlsruhe“: Gebührenfreiheit für das 1. Kindergartenjahr prüfen

In der Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 7. März 2018 wurde ein umfangreiches Informationspapier zu dem Thema „Zuschüsse für Kindertageseinrichtungen“ und den damit zusammenhängenden komplexen Fragestellungen in den Bereichen

- Gestaltung der Elternbeiträge bei freien Trägern und in städtischen Einrichtungen,
- Benchmarks mit anderen Kommunen,
- Beitragsermäßigungen und Beitragsbefreiungen für Familien mit Existenzsicherungsbezug,
- Prüfung der Einführung von einkommensabhängigen Elternbeiträgen,
- zusätzliche Kosten einer Beitragsbefreiung im letzten Kindergartenjahr sowie einer kompletten Beitragsbefreiung,
- Möglichkeiten einer notwendigen Erhöhung der finanziellen Beteiligung des Landes Baden-Württemberg bzw. des Bundes an den Kosten der Kindertagesbetreuung

vorgelegt.

Eine Beitragsfreiheit im ersten Kindergartenjahr (Alter der Kinder zwischen 3 und 4 Jahre) für städtische Einrichtungen und den Elternbeiträgen freier Träger setzt nach Auffassung der Verwaltung die Definition eines Standardbetreuungsangebotes je Angebotsform mit einheitlichen Elternbeiträgen voraus. Für ein Ganztagesangebot sind beispielsweise die Rahmenbedingungen wie

- tägliche Öffnungszeiten (z.B. 10 Stunden)
- Schließtage (20 Schließtage pro Jahr)
- Fachkraftschlüssel inkl. Vertretungs- u. Ausfallzeiten
- Leitungszeiten
- Fachberatungen
- Overheadkosten
- Verbindliche Umsetzung des Orientierungsplans mit seinen sechs maßgeblichen Bildungs- und Entwicklungsfeldern (Sinne - Körper - Sprache - Denken - Gefühl und Mitgefühl - Sinn, Werte und Religion) unter besonderer Berücksichtigung der Sprachentwicklung und der Schulfähigkeit
- Umfang Qualitätsentwicklung und -sicherung
- Sachaufwendungen, Ausstattungen
- Arbeits-, Gesundheits- u. Hygienestandards usw.

als förderfähiges Standardangebot festzulegen und mit einem Elternbeitrag zu versehen, der für alle Karlsruher Träger gilt, sowohl für städtische Einrichtungen, als auch für Einrichtungen freier Träger.

Zusatzangebote und besondere Kita-Konzepte wie z.B. Schwerpunktkitas mit bilingualer Ausrichtung, Musik-, Sport- und Bewegungskitas, Waldorf-, Montessori-, Rudolf-Steiner-Kitas sowie längere Öffnungszeiten und/oder kürzere Schließzeiten sind als Qualitätsvorteile zu werten und sollten nicht im Standardangebot und dem Standardelternbeitrag enthalten sein. Für die Verpflegungskosten ist ebenfalls zu entscheiden, ob diese in einer Beitragsfreiheit enthalten sind oder nicht. Dieses definierte Standardangebot kann dann als Grundlage für eine Beitragsfreiheit im ersten Kindergartenjahr verwendet werden.

Mögliche Vorteile von teilweise oder gänzlich gebührenfreien Kindertageseinrichtungen wie z.B.

- besserer Zugang zu Bildung und Wahrung von gleichen Bildungschancen unabhängig der sozialen Herkunft,
- finanzielle Entlastung von Familien (z.B. Familien im Existenzsicherungsbezug, Familien mit mehreren Kindern in der Kindertageseinrichtung, Familien mit niedrigen bis mittleren Einkommen),
- keine unterschiedlichen Elternbeiträge für gleiche oder vergleichbare Angebote verschiedener Träger

und mögliche Nachteile wie z.B.

- bei Definition von Standardangeboten kann es zu (hohen) Zuzahlungen für sonstige Aktivitäten der Kindertageseinrichtungen kommen und diese werden i.d.R. nicht von der wirtschaftlichen Jugendhilfe nach § 90 SGB VIII übernommen, so dass die erwartete soziale Gerechtigkeit möglicherweise nicht erreicht werden kann,
- trotz enormen zusätzlichen finanziellen Mitteln erfolgt keine Qualitätsverbesserung bzw. die eingesetzten Mittel fehlen für sinnvolle Qualitätsverbesserungen,
- die Nachfrage nach (gebührenfreien) Kita-Plätzen wird weiter steigen (zusätzliche Plätze und zusätzliche Fachkräfte werden benötigt)

sind in diesem Prozess ebenso deutlich zu benennen und abzuwägen.

Es wird empfohlen, die freien Träger von Kindertageseinrichtungen bei dem Verfahren frühzeitig einzubeziehen. Bei einer Änderung der „Richtlinie der Stadt Karlsruhe für die Förderung von Kindertagesstätten und Kinderkrippen“ ist der Arbeitsausschuss der Trägerkonferenz Karlsruher Kindertageseinrichtungen sowie die Trägerkonferenz mit einzubeziehen.

Nach der Definition von Standardangeboten und Standardelternbeiträgen sowie der Ausweisung der komplexen finanziellen Auswirkungen kann über eine Beitragsfreiheit im Beitragsfreiheit im ersten Kindergartenjahr beraten und beschlossen werden.

Sofern sich der Gemeinderat **mehrheitlich** für die Änderung des bestehenden Fördersystems mit einer Beitragsfreiheit im ersten Kindergartenjahr sowohl für die Benutzungsentgelte für städtische Einrichtungen als auch für die Elternbeiträge von freien Trägern von Kindertageseinrichtungen ausspricht, empfiehlt die Verwaltung die Beauftragung eines externen Unternehmens, weil die Entwicklung geeigneter Modelle (z.B. Standardangebote bei einer Beitragsfreiheit im ersten Kindergartenjahr) mit den in Karlsruhe vorhandenen komplexen Strukturen und finanziellen Auswirkungen nicht mit den vorhandenen Personalressourcen bewerkstelligt werden kann.